

Noch herrscht Winterstarre auf den Äckern rings um Baden-Baden. Der Schnee ist zwar schon fort, die Saat aber noch nicht aufgegangen. Eine Region liegt brach, und an diesem kargen Zustand wird auch der Frühling nichts ändern. Rund vierhundert Hektar Ackerboden sind mit Rückständen aus der Fluorchemie verseucht, ganze Landstriche wurden bereits aufgegeben (*Sonntagszeitung* vom 4.9.2016). Das Einzige, was dort im Sommer blühen wird, sind Disteln, Giersch und Löwenzahn.

Die fruchtbare Region hat ein gewaltiges Problem: Seitdem vor vier Jahren erstmals sogenannte per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) im Grundwasser nachgewiesen wurden, macht den Kreisen Baden-Baden und Rastatt ein Umweltskandal zu schaffen. Bauern fürchten um ihre Existenz und Verbraucher um ihre Gesundheit. Boden und Wasser sind großflächig mit Substanzen verseucht, die unter Verdacht stehen, Krebs auszulösen. In welchem Ausmaß, das ist noch immer nicht absehbar. Und so wie sich die Giftstoffe in der Umwelt ausgebreitet haben, wuchsen auch Verunsicherung und Wut. Die Menschen in der Region wollen nach Jahren der Ungewissheit endlich erfahren, wer für den immensen Schaden verantwortlich ist.

Die Antwort erhalten sie vielleicht nie. Die Staatsanwaltschaft Baden-Baden hat die Ermittlungen nun Ende Januar überraschend eingestellt. Ein strafbares Verhalten sei dem Beschuldigten nicht nachzuweisen, teilten die Ermittler in einer Pressemitteilung mit. Einerseits sei einiges inzwischen verjährt, andererseits fehle der Beleg, dass tatsächlich belastetes Material auf Äcker im relevanten Zeitraum ausbracht wurde.

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft hat bei Politikern, Behörden und Bürgern Unverständnis und Empörung ausgelöst. Eine Bürgerinitiative sprach von seltsamen Vorgängen und stellte ihrerseits Strafanzeige wegen Körperverletzung. Die Rastatter SPD-Fraktion kritisierte, dass die Verschmutzung des Grundwassers von der Staatsanwaltschaft nicht als besonders schwere Umweltstraftat eingestuft wurde. Zudem wunderte sie sich, dass gegen die Papierfabriken überhaupt nicht ermittelt werde. Selbst die sonst diskreten Behörden teilten in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit, man müsse mit der Entscheidung der Staatsanwaltschaft zwar leben, könne diese aber nicht nachvollziehen. „Die Behörden sind nach wie vor davon überzeugt, dass die aufgetretenen Schäden durch das Aufbringen von mit Papierschlammern verunreinigtem Kompost verursacht wurden“, hieß es darin. Für sie lassen die Indizien nur einen Schluss zu: Es muss der Beschuldigte gewesen sein, das heißt: der Komposthändler Franz Vogel aus Bühl.

Vogel hat längst zugegeben, tonnenweise Gratis-Kompost, dem Abfälle aus der Papierindustrie beigemischt waren, an umliegende Bauern verteilt zu haben. Er bestreitet jedoch, dass das Gemisch auch jene Fluorverbindungen enthielt, die den Umweltskandal ausgelöst haben. Der eigentliche Vorgang liegt Jahre zurück: Mitte 1999 genehmigte ihm das Umweltamt Baden-Baden die Kompostierung von naturbelassenen Holzfasern aus der Papierherstellung – und zwar ohne irgendwelche zugesetzten Chemikalien. Keinesfalls hätte Komposthändler Vogel darüber hinaus recycelte Papierschlämme annehmen und verwerten dürfen. Solche Schlämme gelten als potentiell umweltschädlich und sollen deshalb nicht auf die Äcker. Schon damals nicht, von PFC war da noch gar keine Rede.

Später ließ sich Vogel dann auf einen heiklen Deal mit der Papierindustrie ein. Zwischen 2003 und 2008 bezog er tatsächlich tonnenweise Papierschlämme und ließ diese auf Äcker in der Region kippen. Für jede Tonne kassierte er nach eigenen Angaben zwei bis drei Euro. Nach Recherchen der *F.A.S.* wurden innerhalb von drei Jahren mehr als hunderttausend Tonnen Papiermüll an den Betrieb von Franz Vogel geliefert. Auf diese Weise landeten nach Überzeugung der Behörden die Chemikalien auf den Feldern, sickerten von dort ins Grundwasser und gelangten so schließlich in Haushalte und landwirtschaftliche Betriebe. Die Rekonstruktion des Umweltschadens ist kompliziert. Zahlreiche Aspekte der Geschichte liegen weiterhin im Dunkeln, und manchmal drängt sich das Gefühl auf, diese Geschichte spiele nicht im Badischen, sondern im Hinterland von Palermo. Was bleibt, sind Fragen: Warum fiel die Umweltverschmutzung niemandem auf? Warum wurde Franz Vogel nicht früher kontrolliert? Wieso wurden die Böden nicht gründlich untersucht? Wie steht es um die Gesundheit der Anwohner?

Üblicherweise händigt jeder Komposthändler dem Bauern einen Lieferschein aus, wovon wiederum Kopien an die Ämter weitergereicht werden. In diesem Fall geschah das nicht, denn Franz Vogel hat



Wohin damit? Die Entsorgung von Altpapier geht manchmal krumme Wege.

Foto dpa

Wer trägt die Schuld?

In Deutschlands Südwesten wurden im Grundwasser riskante Chemikalien entdeckt. Sie gelangten vermutlich mit verseuchtem Kompost aufs Feld. Aber Gerichte und Behörden tun sich schwer, die Täter zur Verantwortung zu ziehen. *Von Andreas Frey und Patricia Klatt*

te sich bei der Bundesgütegemeinschaft Kompost zertifizieren lassen und wurde dadurch vom Lieferscheinverfahren befreit. Fortan übernahm also ein Verein aus Köln die Prüfung, dessen Vorstand sich überwiegend aus Unternehmern im Entsorgungsgewerbe zusammensetzt. Ob diese dann überhaupt unabhängig sein kann, wäre eine weitere Frage.

Insgesamt 72 Mal rückten die Prüfer in fünf Jahren auf dem Gelände von Franz Vogel an. Keiner hatte etwas zu beanstanden. Die Kontrollen waren angekündigt, Vogel hätte fragwürdige Stoffe also woanders deponieren können. Diesen Verdacht schürte zumindest ein Landwirt, der vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim aussagte, auf seinen Flächen sei Material zwischengelagert worden. Und als Prüfer des Regierungspräsidiums im Jahr 2008 ein einziges Mal unangekündigt auf dem Gelände in Bühl auftauchten, wiesen sie verbotene Papierschlämme nach.

Kurz darauf entzog man Vogel die Genehmigung. Die anschließenden Untersuchungen ergaben, dass der Komposthändler – entgegen geltendem Recht – auch Recyclingpapierschlämme bezogen hatte. Die Verwaltungsbehörden zählen heute gleich mehrere Verstöße auf und kommen zu dem Schluss: Die Firma habe sich nachweislich nicht an die Bestimmungen gehalten und damit fahrlässig gehandelt, was zu einer Umweltverschmutzung in einem in Baden-Württemberg beispiellosen Umfang geführt habe, heißt es in der aktuellen Pressemitteilung. Ein entscheidender Beleg fehlt allerdings: 2008 hatte man die Proben nicht auf PFC getestet.

Nicht nur dieser Umstand erschwert die Ermittlungen. Es existieren zahlreiche Indizien, ein direkter Beweis fehlt nach wie vor. Zudem sind die von den Behörden nachgewiesenen Verstöße mittlerweile verjährt. Für eine strafrechtliche Verurteilung müsste man Franz Vogel nicht nur nachweisen, dass sein Kompost PFC enthielt, sondern dass das PFC-haltige Gemisch auch auf die umliegenden Äcker ausgebracht wurde. So sieht das jedenfalls die Staatsanwaltschaft. Umweltschützer und andere Kritiker sehen die Lage differenzierter und weisen auf eine verpasste Gelegenheit hin, bei der die zuständigen Kontrollbehörden schlampfen. Im Mai 2007 erging vom Stuttgarter Umweltministerium der Erlass, dass Fachbehörden und mit Kompost handelnde Unternehmer künftig auf eine bisher unbekannte, aber riskante Chemikalie achten sollten: PFC. Als das Regierungspräsidium Stuttgart im selben Jahr den Betrieb von Franz Vogel kontrollieren ließ, hätte man in den Kompostproben also durchaus nach solchen Stoffen suchen können; zur Pflicht wurde es erst 2008. Die Staatsanwaltschaft kommentiert diese Unterlassung in ihrem Schreiben zur Einstellung des Verfahrens wie folgt: „Eine entsprechende Sensibilität im Umgang mit PFC-haltigen Abfällen hätte vorhanden sein müssen.“ Offensichtlich bestand sie zu lange nicht. Erst sechs Jahre später wurden die alten Proben auf PFC untersucht – mit Erfolg. Für die Strafverfolger kam dieser Nachweis jedoch zu spät.

Etliche Belege sind mittlerweile verlorengegangen. Im sandigen Boden verwirren Papierschlämme innerhalb von Mo-

naten. Reden will ohnehin niemand. Ein Hinweis jedoch stammt noch aus der Zeit, in der Franz Vogel sein Geschäftsmodell etablierte, und diese Spur führt zu jener Branche, die im Streit zwischen Politikern, Behörden, Komposthändler und Staatsanwaltschaft bisher nahezu unbehelligt blieb: die Papierindustrie.

Die Papierherstellung hat im Schwarzwald Tradition, Holz ist ihr Rohstoff. Eines der Zentren ist die Kleinstadt Gernsbach im Murgtal. Der Weg von den Ackerflächen Mittelbadens dorthin, in den tiefen Schwarzwald, dauert nur eine halbe Stunde, aber er führt in eine eigene Welt. Es ist eine malerische Strecke, vorbei am Funkhaus des SWR, der aber diesem Umweltskandal vor der eigenen Tür kaum nachgeht, vorbei an hochgeschossenen Tannen bis zum Schloss Eberstein. Von dort aus lässt sich Gernsbach mitsamt seinen Schloten gut überblicken: eine Papiermacherstadt, darauf sind die Menschen hier stolz.

Die Papierindustrie ist wichtigster Arbeitgeber, und die Lokalpolitiker tun alles dafür, dass das so bleibt. Fünf Firmen sind hier heute noch ansässig, drei davon haben nach Informationen der *F.A.S.* Papierschlämme an die Kompostanlagen der Firma Vogel geliefert, ob auch mit PFC belastet ist unklar. Bei zweien wurden in Proben vom Frühjahr 2014 sogenannte PFC-Untersubstanzen entdeckt, hat das Oberverwaltungsgericht Karlsruhe herausgefunden. Nach Meinung des Gerichts spricht „vieles dafür, dass die dem Kompost beigemischten Papierschlämme zur Bodenverunreinigung geführt haben“. Ein Beweis ist das freilich noch nicht.

Insgesamt sind vierzehn Firmen aktenkundig, die Papierschlämme an den Komposthändler Vogel geliefert haben; die Namen liegen der *F.A.S.* vor. Bei einer Firma aus dem Schwarzwald wurden bereits im Jahr 2008 in Abwasserproben PFC-haltige Verbindungen nachgewiesen. Wäre das nicht ein neuer Ermittlungsansatz? Die Staatsanwaltschaft befindet jedoch, es sei nicht aufzuklären, welches Material von welcher Papierfabrik von der Firma Vogel auf welches Grundstück aufgebracht worden sei. Konfrontiert mit den Vorwürfen, schweigen sich die Papierfabriken mehrheitlich aus.

Dann meldet sich ein Insider der Branche: Die Entsorgung der Papierschlämme sei immer schon kritisch gewesen. „Jeder, der diese Stoffe nahm, war willkommen“, sagt dieser. Die Entsorger hätten sich dieses Geschäft ordentlich entlohnen lassen, mit 15 bis 25 Euro pro Tonne, Transportkosten inklusive. Was nun erlaubt war und was nicht, wurde der *F.A.S.* weder von den Behörden noch von der Papierindustrie eindeutig beantwortet, obwohl mehrfach nachgefragt wurde.

Die Motive und Zusammenhänge werden verständlicher, wenn man die damalige Situation berücksichtigt. Im Jahr 2004 standen die Papierfabriken vor einem gewaltigen Problem. Das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz untersagte die bis dato übliche Entsorgung anfallender Abfallstoffe. Zuvor hatten die Papierfabriken den Müll einfach auf die Depone kippen dürfen. Alternativen mussten her, denn die Verbrennung im Hochofen

war viel zu teuer. Dass die Fabriken schlecht vorbereitet waren, veranschaulicht eine Umfrage der *Verbandszeitung* von 2004: Die Unternehmen ließen sich demnach „bis zum letzten Augenblick Zeit mit der Umsetzung“. Zudem schrieb das neue Gesetz vor, dass die Verantwortung für die ordnungsgemäße Entsorgung beim Abfallerzeuger lag, also bei der Papierindustrie.

Im Schadensfall ist Verantwortung aber immer das, was niemand zu übernehmen bereit ist. Das will Ulrich Schumann aus Kuppenheim bei Rastatt ändern, wo die Bewohner jahrelang arglos PFC-verseuchtes Trinkwasser tranken. Schumann, Kulturwissenschaftler an der Universität Straßburg, hat deshalb eine Bürgerinitiative gegründet. Er fordert eine Gesundheitsstudie, damit das ganze Ausmaß der Gefahr endlich sichtbar werde. Die Behörden haben ein solches Monitoring bisher abgelehnt. „Pflanzen, Böden und Wasser werden untersucht – nur die Menschen nicht, das versteht hier niemand“, sagt Schumann. Daher hat er die Untersuchung selbst organisiert und zwei Dutzend Kuppenheimer auf PFC überprüfen lassen.

Das Ergebnis: Alle 24 Untersuchten wiesen deutlich erhöhte Konzentrationen auf, bei einem Teilnehmer wurden sogar tausend Mikrogramm pro Liter Blut gemessen; der Normalwert liegt bei etwa fünf Mikrogramm. Der derart stark belastete Mann ist Landwirt und hat einen eigenen Brunnen im Garten, er wohnt inmitten der belasteten Region. Seit Jahren kontrolliere das Gesundheitsamt sein Wasser, erlasse strenge Vorgaben, aber auf die Frage, ob man nicht auch sein Blut untersuchen wolle, sei man nie eingegangen. Er habe sich dann an die Bürgerinitiative gewandt, dort sei alles schnell und unkompliziert in die Wege geleitet worden. „Erst jetzt, da mein Blutwert so hoch ist, will das Gesundheitsamt mich und meine Familie testen“, erzählt der Landwirt.

Das Sozialministerium in Stuttgart, das für den Bereich Gesundheit zuständig ist, hat solche Studien bisher als unwissenschaftlich und irrelevant abqualifiziert. Dass seine Studie zu klein geraten ist, weiß Ulrich Schumann selbst und fordert allein schon deshalb ein groß angelegtes Human-Biomonitoring, wie es in einem ähnlichen Fall bereits in Nordrhein-Westfalen vorgenommen wurde. Von der Politik sieht er sich im Stich gelassen: „Zuständigkeiten werden hin- und hergeschoben“, sagt Schumann. Sei es von unten nach oben oder umgekehrt, wobei das Land hin und wieder darauf verweist, dass der Fall ja eigentlich Sache des Bundes sei. Das von den Grünen geleitete Sozialministerium in Baden-Württemberg ist jedenfalls nicht durch besonderen Eifer aufgefallen; und Landwirtschaftsminister Peter Hauk von der CDU blamierte sich im vergangenen Herbst, als er bei einem Besuch in der Region die Gesundheitsgefahr von PFC in Frage stellte – und sich vom Umweltbundesamt korrigieren lassen musste.

Mit dem Umweltministerium im Südwesten sieht es nicht viel besser aus, sagen Beobachter. Dass die Grünen ausgerechnet in ihrer Kernkompetenz auf Tauschstation gehen, empört Bürger, Wasserwerker und Bauern gleichermaßen. „Wenn die Grünen noch in der Opposition säßen, würden sie mit Schnappatmung durch das Land laufen und pausenlos Skandal rufen“, ärgert sich Gunter Kaufmann, ehemaliger Landtagsabgeordneter der SPD und heutiger Stadtrat in Rastatt, über die Untätigkeit der Regierungspartei. Welche Kontrollmechanismen haben versagt, wenn Tausende Bürger verseuchtes Wasser trinken mussten? Allein um diese Frage aufzuklären, brauche es einen Untersuchungsausschuss, fordert der Stadtrat.

Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) wiederum legt Wert auf die Feststellung, dass es gar keinen Skandal gebe, höchstens ein komplexes Problem. Er hält es nicht für nötig, den Fall zur Chefsache zu ernennen, angeblich „weil die Aufteilung auf die einzelnen Fachbehörden eine bestmögliche Bearbeitung des Falls sicherstelle“, lässt sein Pressesprecher ausrichten. Das sehen die Betroffenen vor Ort anders und wünschen sich, ihn mal wieder zu Gesicht zu bekommen.

Einer der größten Umweltskandale Deutschlands bleibt also vorerst ungeklärt. Komposthändler Franz Vogel wird sich noch vor dem Verwaltungsgericht für Boden- und Wasserverunreinigung verantworten müssen, dort droht ihm neues Ungemach, unabhängig von der Einstellung des Strafverfahrens.

Das Problem der PFC-Verunreinigung weitet sich unterdessen aus. Auch bei Mannheim sind die gefährlichen Stoffe auf hundert Hektar im Boden entdeckt worden. Ins Visier der Ermittler ist nun ein Kompostwerk geraten, in dem ebenfalls Papierschlämme verarbeitet wurden. Sie stammten nach Informationen der *F.A.S.* von Papierfabriken, die auch an den Komposthändler in Bühl geliefert hatten.